Indonesien politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützen. Die Bundesrepublik ist nach einer Statistik der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde ACDA vom April 1984 der zweitwichtigste Waffenlieferant Indonesiens. Australische Zeitungen haben den Einsatz von Mercedes-Panzerwagen in der Hauptstadt Dili dokumentiert. Sogar Polizei- und Militäroffiziere aus Indonesien werden an Führungsakademien der Bundeswehr ausgebildet. Bei der UNO enthält sich die Bundesregierung regelmäßig der Stimme, statt, wie im Falle Afghanistans, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten. Forderungen nach humanitärer Hilfe oder diplomatischer Einflußnahme auf Indonesien entzieht sie sich. Ähnlich verhalten sich die USA, Indonesiens wichtigster Waffenlieferant, Australien und sogar die Staaten des Ostblocks.

Für Osttimor treten die ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola, Mosambik, Kapverden, Guinea-Bissau und São Tomé/Principe sowie einige Staaten der "Dritten Welt", darunter Zimbabwe, ein. 1983 konnte Indonesien die Absetzung der Osttimordebatte von der Tagesordnung der UNO durchsetzen, und auf Betreiben der Bundesregierung wurde Osttimor im Februar 1986 von der "schwarzen Liste" der UNO-Menschenrechtskommission gestrichen.

Nur wenn die Weltmächte Indonesien die Unterstützung entziehen und auf eine friedliche Lösung des Konflikts unter Beteiligung aller Parteien drängen, kann das Leiden der Menschen von Osttimor beendet werden.

Literaturhinweise:

Budiardjo, Carmel; Liong, Liem S.: The War against East Timor, London 1984

Dunn, James: Timor, A People Betrayed, Queensland 1976

Ludwig, Klemens; Horta, Korinna: Osttimor, Reihe Pogrom, Göttingen 1985

Jolliffe, Jill: East Timor, Nationalism and Colonialism, Queensland 1978

Kohen, Arnold; Taylor, John: An Act of Genocide, Indonesia's Invasion of East Timor, Tapol, London 1979

Adressenliste:

A Paz e Possivel em Timor Leste, Rua de Campolide 215 4D, P — 1000 Lisboa

Catholic Institute for International Relations, 22, Coleman Fields, GB — London N1 7AF

Christian Solidarity International, Postfach 52, CH — 8029 Zürich

East Timor Research Project, P. O. Box 2197, Washington DC 20013, USA

FRETILIN, 866 United Nations Plaza, Suite 523-36, New York, N.Y. 10017, USA

Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 3400 Göttingen

TAPOL, 8A, Treport Street, GB — London SW18 2BP

Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist die einzige Menschenrechtsorganisation im deutschen Sprachraum, die für die Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten eintritt.
Wir protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie geschehen.

Von immer mehr Gruppen wird unsere Hilfe in Anspruch genommen: von Flüchtlingen, mittelamerikanischen Indianern, Tamilen, den Völkern in Afghanistan, im Südpazifik und am Horn von Afrika, um nur einige zu nennen.
In unserer Zeitschrift pogrom berichten wir regelmäßig über die Situation verfolgter Minderheiten. pogrom hat sich zum Sprachrohr derer entwickelt, „von denen keiner spricht".

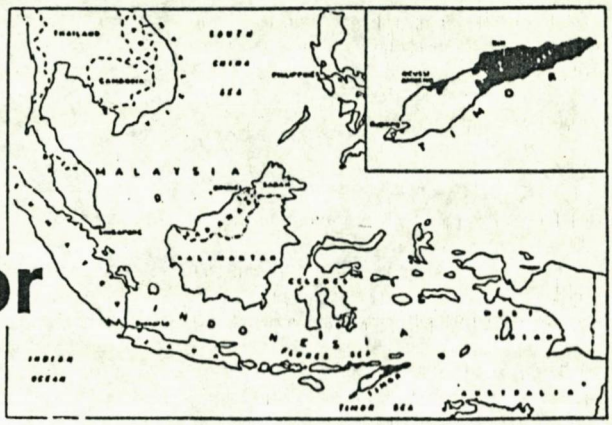
Unsere Menschenrechtsarbeit finanzieren wir aus den Spenden und Beiträgen unserer Förderer und Mitglieder.
Fordern Sie Informationen an. Bitte legen Sie DM 5,– in Briefmarken oder als Scheck bei.

BEDROHTE VÖLKER

TL 5513

London
Amsterdam
Porto

Texte zu Nationalitäten- und Minderheiten-Konflikten



Osttimor

Kein Staat Europas hat die Rolle der großen Kolonialmacht so lange gespielt wie das kleine und wirtschaftlich schwache Portugal. Zu seinen überseeischen Besitztümern zählte auch der Ostteil der 740 Kilometer nördlich von Australien gelegenen Insel Timor.

Während die umliegenden Inseln von den Niederlanden kolonisiert wurden und seit 1949 zur Republik Indonesien gehören, verlief die Entwicklung in Osttimor völlig anders. Die Niederländer und Portugiesen respektierten bei der Aufteilung Timors 1904 die seit Jahrhunderten gewachsene Grenze zwischen den Völkern im Westen und Osten. Die Portugiesen kümmerten sich kaum um das ferne Land, so daß die Osttimoresen die Kolonialzeit als wenig unterdrückend empfanden. Viele waren früh zum Katholizismus übergetreten, doch im Landesinneren hielten sich animistische Naturreligionen. Die positive Einstellung der Osttimoresen gegenüber den Portugiesen äußerte sich auch in ihrer Mythologie, in der beide Völker als Brüder erscheinen.

In den letzten Jahren zeichnet sich eine starke Hinwendung zur katholischen Kirche ab, die als Garantin für die osttimoresische Identität empfunden wird (1982: 47% Katholiken).

Das Ende der portugiesischen Kolonialzeit

Nach dem Sturz der Diktatur in Portugal durch die "Revolution der Nelken" 1974 bereitete sich die neue Regierung auf einen Rückzug aus den Kolonien vor. Dadurch entstand auch in Osttimor ein ständig wachsendes Nationalbewußtsein, das in der Gründung zweier Parteien Ausdruck fand: der UDT (Demokratische Union Timors), die eine Föderation mit dem portugiesischen Mutterland befürwortete sowie der FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor), die die Selbständigkeit nach einer fünfjährigen Übergangszeit anstrebte. Eine dritte Partei, APODETI (Demokratische Volksvereinigung), die einen Anschluß an Indonesien propagierte, erlangte keine Bedeutung.

Gesellschaft für bedrohte Völker · gemeinnütziger Verein
Postfach 2024 · 3400 Göttingen · Tel.: 0551-5 58 22/23
Postscheck Hamburg 29 7793-207

Als sich ein Abzug der Portugiesen aus Osttimor andeutete, meldete Indonesien seine Ansprüche auf die Insel an. Um der drohenden Gefahr durch den mächtigen Nachbarn zu begegnen, schlossen sich die UDT und die FRETILIN im Januar 1975 zu einer Koalition zusammen. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern führten jedoch bereits im Mai zum Bruch des Bündnisses. Die UDT sah ihren Einfluß schwinden und schlug deshalb einen Konfrontationskurs gegenüber der FRETILIN ein. Osttimor war am Ende der Kolonialzeit ein völlig unterentwickeltes Land. Allein die FRETILIN verfügte über ein ausgearbeitetes Programm zur sozialen und politischen Entwicklung. Eine Alphabetisierungskampagne in der Landessprache Tetum, ein Gesundheitsprogramm sowie politische Bewußtseinsbildung stärkten die FRETILIN auf Kosten der UDT.

Bei einer Konferenz über die Zukunft der Insel im Juni 1975 fehlte die FRETILIN, weil sie die anwesende APODETI nicht als gleichberechtigten Gesprächspartner akzeptierte. Die Konferenz endete ohne Ergebnis. Im Juli organisierten die Portugiesen Wahlen, die die FRETILIN knapp vor der UDT gewann, während der Stimmenanteil der APODETI unbedeutend blieb. Dieses Ergebnis trieb die UDT-Führung weiter in die Hände Indonesiens. Um die FRETILIN auszuschalten, griff sie deren Hauptquartier am 9. August 1975 an und besetzte gleichzeitig alle wichtigen Punkte in der Hauptstadt Dili. Die portugiesische Kolonialverwaltung floh auf die vor der Küste Dilis gelegene Insel Atauro. Der Putsch der UDT schlug jedoch fehl und in einem anschließenden dreiwöchigen Bürgerkrieg, dem etwa 2.000 Menschen zum Opfer fielen, setzte sich die FRETILIN durch.

Seit September 1975 stand Osttimor somit unter der Administration der FRETILIN, denn die portugiesische Kolonialverwaltung weigerte sich trotz verschiedener Appelle, nach Dili zurückzukehren. In den folgenden Monaten besuchten mehrere australische Politiker und Kirchenvertreter die Insel. Drei australische Abgeordnete, zwei Labourpolitiker und ein Liberaler, erklärten nach ihrem Besuch: "Wir stellen befriedigt fest, daß die Behauptung der UDT, FRETILIN sei eine kommunistisch kontrollierte oder dominierte Organisation, grundlos ist ... Die Führung der FRETILIN beeindruckte uns durch ihre maßvolle, engagierte und intelligente Haltung". Vertreter der kirchlichen Hilfsorganisation "Australian Council for Overseas Aid" meinten: "Es ist eine schwerwiegende Fehleinschätzung, die FRETILIN als kommunistische Organisation zu betrachten". Nach diesen Ereignissen setzte Indonesien nur noch auf die militärische Karte. Konsultationen mit der australischen Labourregierung unter Premierminister Whitlam und der amerikanischen Ford-Administration signalisierten dafür grünes Licht. Da Portugal seiner Verantwortung nicht nachkam, rief die FRETILIN am 28. November 1975 die "Demokratische Republik Osttimor" aus, um so einem sich abzeichnenden indonesischen Einmarsch zu begegnen. Tanzania, Algerien, Angola und Mosambike erkannten den neuen Staat an und befürworteten seine Aufnahme in die UNO.

Die indonesische Invasion und ihre Folgen

Doch dieser Schritt konnte die angelaufene Kriegsmaschinerie der südostasiatischen Großmacht nicht aufhalten. Am 7. Dezember 1975 begann mit der indonesischen Invasion Osttimors einer der fürchterlichsten Völkermorde seit dem Zweiten Weltkrieg. Die indonesischen Truppen mordeten. Berichten von Flüchtlingen und in Australien empfangenen Funksprüchen zufolge wahllos Männer, Frauen und Kinder. Zudem riegelten sie die Insel völlig von der Außenwelt ab, vernichteten die Ernten und verboten das Bestellen der Felder, um den Widerstand der Bevölkerung durch Hunger zu brechen. Im Februar 1977 veröffentlichte der letzte australische Konsul in Osttimor, James Dunn, einen Report, der sich auf Aussagen der wenigen Flüchtlinge stützte. Danach waren bereits in den ersten Monaten 60.000 - 100.000 der ehemals 700.000 Osttimoresen ums Leben gekommen. Diese Zahl bestätigte sogar der damalige indonesische Außenminister Adam Malik.

Im gebirgigen und schwer zugänglichen Landesinneren konnte sich die FRETILIN bis 1978 weitgehend behaupten. Ein großer Teil der Bevölkerung war unter ihren Schutz geflohen. Doch im Laufe der Zeit setzte sich die militärische Überlegenheit der Indonesier gegen die völlig auf sich al-

lein gestellten Osttimoresen immer mehr durch. 1979 versprachen die Behörden allen, die sich ergeben würden, eine Amnestie. Infolge von Hunger und wachsender Verzweiflung verließen viele die Verstecke in den Bergen, doch die Hoffnung auf die Gnade der Indonesier erfüllte sich nicht: Die Besatzer töteten nach Auskunft von Flüchtlingen etwa 10.000 Zivilisten und FRETILIN-Angehörige, die dem Amnestieversprechen gefolgt waren.

1979 erreichte die Hungersnot ihren vorläufigen Höhepunkt. Aufgrund öffentlicher Aufmerksamkeit, vor allem in den USA, sah sich die Militärregierung in Djakarta gezwungen, dem Internationalen Roten Kreuz sowie dem amerikanischen Catholic Relief Service Zugang zu der Insel zu gestatten. Der Leiter der Hilfsprogramme, Frank Carlin, urteilte über die Situation der Bevölkerung: "Ich bin seit 13 Jahren in Asien, ich war in Bangla Desh und Vietnam, doch so etwas habe ich noch nie erlebt". 80 % der Überlebenden litten an Malaria, Hepatitis oder Tuberkulose; nahezu alle an Unterernährung. Die Hilfsprogramme der beiden Organisationen retteten Zehntausende vor dem Tod. Die Zahl der Toten bezifferten Nonnen und Priester in einem Brief, der 1981 aus der Insel geschmuggelt werden konnte, auf 200.000. Dieselbe Zahl nennt Monsignore da Costa Lopes, von 1977 - 1983 Oberhaupt der Kirche von Osttimor und entschiedenster Verfechter der Menschenrechte. Aufgrund seines Einsatzes mußte er die Insel im Mai 1983 verlassen. Seitdem lebt er in Lissabon. Sein Nachfolger, Mgr. Belo, verurteilte in einem Hirtenbrief vom März 1985 das indonesische Programm zur zwangsweisen Sterilisation.

Trotz der Grausamkeiten konnten die indonesischen Militärs den Widerstand der Osttimoresen bis heute nicht brechen. Im März 1983 stimmten sie deshalb einem Waffenstillstandsabkommen mit der FRETILIN zu. Damit zeichnete sich erstmals ein Hoffnungsschimmer auf eine friedliche Lösung des Konfliktes ab. Doch die Hoffnung währte nicht lange; im August 1983 begann eine neue indonesische Offensive mit 35.000 Soldaten. Ihre Aufgabe war es, die FRETILIN bis zum Jahresende zu zerschlagen. Dem Ziel kam sie niemals auch nur nahe. Doch während militärische Erfolge ausblieben, brachte die neue Offensive vor allem unbeschreibliches Leid für die Zivilbevölkerung. Die Hilfswerke wurden erneut von der Insel verbannt; ausländische Besucher nur noch sehr selten zugelassen. Briefe von Priestern aus dem Jahre 1984 berichteten von willkürlichen Morden, barbarischer Folter, der Vernichtung der Ernten, der Errichtung von Sammellagern, die nicht verlassen werden dürfen und der Ausbreitung einer neuen, schlimmen Hungersnot. Ein Priester schrieb, es herrschten noch schlimmere Bedingungen als 1977 - 1979.

Die internationale Verantwortung

Der Schlüssel für das Osttimorproblem liegt vor allem bei den Westmächten, die